

Rede von Helmut Kohl über die deutsche Frage und die europäische Verantwortung (17. Januar 1990)

Legende: Am 17. Januar 1990 hält der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl in Paris einen Vortrag über die Lösung der deutschen Frage in einem europäischen Rahmen.

Quelle: KOHL, Helmut. Reden und Erklärungen zur Deutschlandpolitik. Bonn: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1990. 663 S. ISBN 0172-7575. (Berichte und Dokumentationen).

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_helmut_kohl_uber_die_deutsche_frage_und_die_europaische_verantwortung_17_januar_1990-de-0018ea81-0f2f-4184-92d0-54c99ef0f63f.html

Publication date: 31/10/2012

Helmut Kohl, *Die deutsche Frage und die europäische Verantwortung*

Sehr geehrter, lieber Herr Professor Rován,

sehr geehrter Herr de Montbrial,

meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte heute abend zu Ihnen über ein Thema sprechen, das die Menschen nicht nur in meinem Land, sondern auch in Frankreich, ja in ganz Europa bewegt: Die Frage nach dem Standort Deutschlands in einem künftigen Europa. Die Veranstalter sind, hoffe ich, damit einverstanden, wenn ich das angekündigte Thema in diesem Sinn präzisiere.

Die deutsche Frage steht unübersehbar auf der Tagesordnung der europäischen und internationalen Politik. Und es sind nicht in erster Linie die Politiker und Diplomaten, die dies bewirkt haben, sondern die Menschen, die in Leipzig, Berlin und Dresden auf die Straße gegangen sind.

Daß die deutsche Frage nicht erledigt war, konnte nie zweifelhaft sein. Denn die Teilung Deutschlands - wie die Teilung Europas - war von außen aufgezwungen und konnte nicht das letzte Wort der Geschichte sein.

Mit dem Abbau der Ost-West-Konfrontation und dem demokratischen Aufbruch in den Ländern Mittel-, Ost- und Südeuropas tut sich jetzt erstmals die realistische Chance auf, beides - die Teilung Europas und die Teilung Deutschlands - friedlich zu überwinden.

Diese Aufgabe - und daran möchte ich keinen Zweifel lassen - werden wir nur *gemeinsam* bewältigen können. Ein nationaler Alleingang zur Lösung der deutschen Frage wäre vermessen und zum Scheitern verurteilt. Ebenso verhängnisvoll wäre aber, wenn auf dem schwierigen Weg, den wir vor uns haben, an die Stelle von Vertrauen Mißtrauen und in die gegenseitigen Absichten Zweifel treten würden.

Wir Deutschen wollen diesen Weg vor allem auch zusammen mit Frankreich gehen, mit dem uns eine enge und kostbare Freundschaft verbindet. Dabei bin ich mir durchaus bewußt, daß die jetzt in Gang gekommene Entwicklung bei Ihnen in Frankreich - wie bei anderen europäischen Nachbarn - auch besorgte Fragen aufwirft.

Und es ist sicher nicht nur das Tempo, das manchem bedenklich scheint. Im Hintergrund steht auch - und da sollten wir offen und ehrlich miteinander sein - die Erinnerung an die Geschichte.

Wir Deutschen können und wollen diese Last der Geschichte nicht einfach abwerfen. Aber niemand sollte zugleich außer acht lassen, daß das demokratische und freiheitliche Deutschland in über 40 Jahren den Beweis erbracht hat, daß die Deutschen aus der Vergangenheit gelernt haben.

Die Bundesrepublik Deutschland ist heute untrennbar mit dem freien und demokratischen Europa verschmolzen, und es wird auch künftig nicht darum gehen, nationalstaatliche Strukturen des 19. Jahrhunderts zu restaurieren.

Die „deutsche Herausforderung“, die eine große Pariser Tageszeitung kürzlich beschwor, ist in Wirklichkeit eine europäische Herausforderung. Dieser Herausforderung sollten wir uns als Europäer gemeinsam stellen. Es liegt in unserer gemeinsamen europäischen Verantwortung, mit Weitblick und Beharrlichkeit an die Lösung der vor uns liegenden Aufgaben heranzugehen.

Ohne Zweifel stehen wir heute an einem Einschnitt der europäischen Nachkriegsgeschichte. 1989 wurde zum Jahr der großen Umwälzungen - 200 Jahre nach der Französischen Revolution, deren Verkündung der Menschen- und Bürgerrechte nichts von ihrer geschichtlichen Kraft eingebüßt hat.

Ungarn und Polen gingen auf dem Weg zu Freiheit und Demokratie voran. Dann sprang der Funke auf die

DDR über, wo die erste friedliche Revolution auf deutschem Boden in Gang gekommen ist.

Niemand von uns wird jene Nacht vom 9. zum 10. November vergessen, in der die Berliner sich zum ersten Mal nach 28 Jahren in ihrer Stadt frei bewegen konnten und sich vor Freude in den Armen lagen. Die Öffnung des Brandenburger Tores und die Sylvesternacht haben aller Welt gezeigt, daß die Berliner zusammengehören.

Wir Deutschen haben zugleich die Welle der Sympathie und Anteilnahme verspürt, die durch die Welt gegangen ist, als die Menschen in Ost-Berlin und in der DDR Mauer und Stacheldraht überwandten und die Deutschen ein Fest des Wiedersehens feierten.

Binnen weniger Wochen haben auch Tschechen und Slowaken die kommunistische Herrschaft abgeschüttelt. Inzwischen ist in Bulgarien der friedliche Wandel in Gang gekommen. Und schließlich ist es den Rumänen gelungen, die Fesseln zu sprengen, die ihnen der Diktator Ceausescu angelegt hatte, der vergeblich das Aufbegehren seines geschundenen Volkes mit blutiger Hand zu unterdrücken versuchte. Es war das Volk selbst, das allenthalben das Tor zu Freiheit und Demokratie aufgestoßen hat, nachdem ihnen mutige Frauen und Männer - ich nenne nur den kürzlich verstorbenen Andrej Sacharow, Lech Walesa und Václav Hável - in jahrelangem Widerstand den Weg gewiesen haben.

Aber dieser Wandel wäre nicht in Gang gekommen und erst recht nicht so weit vorangekommen ohne zwei entscheidende Bedingungen:

Erstens: Die Festigkeit des westlichen Bündnisses in den schweren Bewährungsproben der achtziger Jahre sowie die erfolgreiche Fortentwicklung der wirtschaftlichen und politischen Integration der Europäischen Gemeinschaft. Beides hat uns in die Lage versetzt, in diese entscheidende Phase des Umbruchs geschlossen und mit einer klaren politischen Orientierung hineinzugehen; zugleich haben die Reformbewegungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa auch dadurch Auftrieb erhalten, daß sich ihnen die Europäische Gemeinschaft als erfolgreiches Modell des freien Zusammenschlusses europäischer Völker präsentierte.

Zweitens: Die Reformpolitik von Generalsekretär Gorbatschow und insbesondere seine Bereitschaft, den Staaten Mittel- und Südosteuropas das Recht auf die Wahl ihres eigenen Weges zuzuerkennen; die Beweggründe hierfür mögen vielschichtig sein; aber in seiner Konsequenz bedeutet dieser weitsichtige und mutige Schritt, daß der ganze europäische Kontinent endlich hoffen kann, Frieden und Stabilität auf der Grundlage von Recht und Freiheit, und nicht länger im Schatten von Gewalt und drohender Einmischung, zu finden. Wenn dies gelingt, wird dies eine der historischen Taten unserer Zeit sein.

Der Umbruch, den wir erleben, ist aber auch das Ergebnis langfristiger Entwicklungen, die wir mit unserer gemeinsamen Politik schon sehr frühzeitig beeinflusst haben.

Ich erinnere hier nur an das Harmel-Konzept von 1967, in dem wir dynamisch die Solidarität im Bündnis und die Sicherung seiner Verteidigungsfähigkeit mit dem Angebot zu Dialog und Zusammenarbeit mit den Warschauer-Pakt-Staaten verbunden haben.

Eine bedeutende Rolle hat vor allem der KSZE-Prozeß gespielt, den wir im Sinne unserer Wertvorstellungen nachhaltig mitgestaltet haben. Die Schlußakte von Helsinki, insbesondere der darin enthaltene Verhaltenskodex für die zwischenstaatlichen Beziehungen, sowie die Verpflichtungen zur Einhaltung von Menschen- und Bürgerrechten und nicht zuletzt die Bekräftigung des Selbstbestimmungsrechtes wurden zu einer wichtigen Berufungsgrundlage für die Reformkräfte in Mittel-, Ost- und Südosteuropa.

Zu dem gewachsenen Vertrauen zwischen West und Ost haben schließlich die Fortschritte auf den Feldern von Abrüstung und Rüstungskontrolle entscheidend beigetragen, wobei mit dem Abschluß des INF-Abkommens ein historischer Durchbruch gelang.

Die Bundesrepublik Deutschland hat zu diesen Entwicklungen einen aktiven Beitrag geleistet. Sie hat zugleich durch eine breit angelegte Vertragspolitik gegenüber der Sowjetunion und anderen Warschauer-

Pakt-Staaten das Fundament für die Entwicklung gedeihlicher bilateraler Beziehungen gelegt.

Nicht zuletzt gilt das auch für unsere „Politik der kleinen Schritte“ gegenüber der DDR, die in schwierigen Zeiten den Zusammenhalt der Deutschen gesichert und gestärkt hat. Sie diente allerdings nie der Zementierung des Status quo.

Die Bewegung, die Europa verändert, wird sobald nicht zum Stillstand kommen. Nicht alles, was noch auf uns zukommt, läßt sich heute schon übersehen. Aber eines ist gewiß: Europa wird vielfältiger, auch umfassender. Hierauf gilt es sich einzustellen. Es genügt nicht, wenn wir nur skeptisch abwarten. Nicht nur unsere eigenen Bürger auch die Menschen im östlichen Teil unseres Kontinents erwarten von uns eine Antwort auf die Frage, wie das Europa der Zukunft aussehen soll.

Lassen Sie mich hierzu drei grundsätzliche Anmerkungen machen:

Erstens: Es gilt zunächst unsere Rolle richtig einzuschätzen. Nicht der Westen entscheidet über Erfolg oder Mißerfolg der Reformprozesse in der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Paktes, sondern hierüber entscheiden in erster Linie die Menschen und die politischen Kräfte in diesen Ländern selbst. Es ist allerdings zugleich unsere Pflicht, sie auf dem Weg zu Freiheit, Menschenrechten und Selbstbestimmung zu ermutigen und zu unterstützen. Es wäre aber politisch unklug - ja kontraproduktiv - wenn jemand den Eindruck erwecken würde, als wollten wir diese Reformprozesse vom Westen her steuern oder diese Länder in unsere politische Obhut nehmen. Sie müssen selbst darüber befinden, wie sie ihr künftiges Verhältnis zum freien Europa gestalten wollen. Unklug wäre es auch, wenn man in die Diskussion über die Stellung der einzelnen osteuropäischen Staaten gegenüber der Sowjetunion oder die künftige Gestalt des Warschauer Paktes oder des RGW eingreifen würde.

Zweitens: Wir können aber unseren Beitrag zum Gelingen der Reformpolitik dadurch leisten, daß wir die Rahmenbedingungen, die die bisherigen Veränderungen begünstigt haben, aufrechterhalten und weiter verbessern. Hierzu gehören die konsequente Fortsetzung des politischen Dialogs zwischen West und Ost - und zwar sowohl im multilateralen Rahmen als auch auf bilateraler Ebene sowie weitere energische Schritte auf dem Gebiet von Abrüstung und Rüstungskontrolle. Ein Kernproblem für das Gelingen der Reformen wird die allmähliche Überwindung der wirtschaftlichen Krise sein, von der die Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas - wenn auch mit unterschiedlicher Intensität - heimgesucht werden. Wir können zwar nur „Hilfe zur Selbsthilfe“ leisten, aber diese sollte eingebettet sein in eine umfassende Strategie wirtschaftlicher, technologischer und finanzieller Zusammenarbeit.

Drittens: Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Entwicklung im Osten auch die nationalen Identitäten wieder stärker zum Tragen bringt. Darin manifestiert sich auch wiedergewonnene Freiheit, und das sollten wir nicht kritisieren. Aber zugleich gilt, daß das künftige Europa nichts weniger als den Rückfall in die Denk- und Verhaltensmuster von gestern oder vorgestern verträgt.

Unsere Antwort hierauf muß sein, daß wir die Europäische Gemeinschaft konsequent und energisch fortentwickeln. Es kann für uns zu keinem Zeitpunkt darum gehen, den Integrationsprozeß der Europäischen Gemeinschaft zu verlangsamen oder gar umzukehren, denn wir würden damit die entscheidende Karte verspielen, die wir haben, um dem sich anbahnenden gesamteuropäischen Prozeß Halt zu verleihen.

Ich habe im Januar 1988 hier in Paris vorgeschlagen, daß Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland angesichts der sich damals schon abzeichnenden Veränderungen in Osteuropa darangehen sollten, eine gemeinsame Ostpolitik zu entwickeln. Ich bin nach wie vor der Auffassung, daß eine stärkere Verzahnung unserer Politik in diesem Bereich - bis zur operativen Ebene - helfen kann, die vor uns liegenden Aufgaben besser abzustimmen und umzusetzen. Frankreich und Deutschland sollten zugleich der Motor für ein noch engeres außenpolitisches Zusammenwirken der EG-Staaten gegenüber Osteuropa sein.

Wir haben auf dem Weltwirtschaftsgipfel im Juli 1989 in Paris einen ersten wichtigen Schritt in diese Richtung getan, indem wir uns auf ein gemeinsames Hilfsprogramm für Polen und Ungarn verständigt haben, an dem auch Partner außerhalb der EG - insbesondere auch die USA, Kanada und Japan - beteiligt

sind. Inzwischen ist ein breitgefächertes Programm der Zusammenarbeit unter Federführung der Europäischen Kommission entwickelt und in Gang gesetzt worden. Ende vergangenen Jahres haben wir unsere Bereitschaft erklärt, auch die Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas, die sich in den letzten Monaten der Reformbewegung angeschlossen haben, in diese Zusammenarbeit einzuschließen.

Eine wichtige Grundlage für die langfristige Entwicklung der Zusammenarbeit sind die Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Reformländern Ungarn und Polen und seit neuestem auch mit der Sowjetunion. Ich begrüße, daß bald auch mit der DDR Verhandlungen über ein solches Abkommen beginnen können.

Wir sollten in der längerfristigen Perspektive aber auch über bestimmte Formen der Assoziierung nachdenken, die die reformorientierten Staaten Mittel- sowie Südosteuropas möglichst nah an die Europäische Gemeinschaft heranführen und die das Ziel haben müssen, das wirtschaftliche und soziale Gefälle mitten in Europa abzubauen. Ich begrüße ausdrücklich die Überlegungen, die Präsident Delors zu diesem Thema in seiner heutigen Rede in Straßburg angestellt hat. Ich unterstütze seine Zielvorstellung, die künftige Zusammenarbeit - falls dies von den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas gewünscht wird - auf eine institutionelle Grundlage zu stellen, um dadurch den politischen und wirtschaftlichen Dialog zu verstetigen. Es ist nicht nur die Größenordnung der vor uns liegenden Aufgaben, die gemeinschaftliches Handeln erforderlich macht.

Es ist dies auch ein Gebot politischer Vernunft, denn ein Wettlauf zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft wäre letztlich den Interessen aller Beteiligten abträglich. Die auf Initiative von Präsident Mitterrand ins Leben gerufene Europabank hat daher von Anfang an meine Unterstützung gehabt - denn sie ist klarer Ausdruck unseres Willens zu gemeinsamem Handeln. Die Bundesregierung tritt mit großem Nachdruck dafür ein, in den vor uns liegenden Jahren die gemeinschaftliche Politik gegenüber Mittel-, Ost- und Südosteuropa konsequent auszubauen und ihr eine gesamteuropäische Ausrichtung zu geben.

Ich möchte ausdrücklich betonen, daß hierzu auch - bei aller Besonderheit des Falles - der Ausbau der Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der DDR gehört.

Präsident Delors hat sich zur europäischen Berufung der DDR in seiner heutigen Rede sehr klar geäußert, wofür ich ihm ausdrücklich danke.

Unser gemeinsames Ziel muß sein, daß sich die in Mittel-, Ost- und Südosteuropa eingeleiteten Reformen in stabilen Bahnen entwickeln und zum Erfolg geführt werden können. Indem ich in dieser ausführlichen Form auf die gesamteuropäischen Aufgaben eingegangen bin, habe ich zugleich deutlich machen wollen, daß es in Tat und Wahrheit nicht darum gehen kann, eine hiervon isolierte Deutschlandpolitik zu betreiben.

Das enthebt allerdings die Bundesrepublik Deutschland nicht der Notwendigkeit, ihrer besonderen nationalen Herausforderung, die sie gegenüber den Menschen aus der DDR hat und die ihr auch das Grundgesetz auferlegt, gerecht zu werden.

Aus dieser Herausforderung heraus habe ich am 28. November des vergangenen Jahres vor dem Deutschen Bundestag ein deutschlandpolitisches Zehn-Punkte-Programm entwickelt.

In der öffentlichen Diskussion hierüber ist mir gelegentlich unterstellt worden, es handele sich hierbei um eine Art Zeitplan, der darauf angelegt sei, die Entwicklung in eine bestimmte Richtung zu forcieren.

Eine solche Absicht liegt diesem Programm nicht zugrunde und kann auch nicht herausgelesen werden. Vielmehr habe ich schon bei der Vorlage dieses Programms erklärt, daß der Weg zur deutschen Einheit nicht „vom grünen Tisch“ oder mit einem Terminkalender in der Hand geplant werden kann. Ich werde mich also auch hier und heute nicht an einer Diskussion über Jahreszahlen beteiligen. Ich plädiere vielmehr dafür, mit einem möglichst hohen Maß an Flexibilität und Offenheit an die weitere Entwicklung heranzugehen. Allerdings gilt es zugleich die Vorstellungen und Wünsche der betroffenen Menschen in den

Mittelpunkt zu stellen. Wenn wir das nicht tun, „bestraft uns das Leben“, um ein Wort Michail Gorbatschows abzuwandeln.

Wer die zehn Punkte als Ganzes liest - nur so sind sie zu verstehen -, der weiß, daß es mir um einen organischen Prozeß geht, der das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen gewährleistet, zu gemeinsamer Freiheit für alle Europäer hinführt, dabei die legitimen Sicherheitsinteressen aller berücksichtigt und so die Stabilität in Europa auch künftig sichert.

Dies ist der Kern der Botschaft, die zugleich eine klare Absage an einen deutschen Sonderweg und erst recht eine Absage an jeden nach rückwärts gewandten Nationalismus ist.

Da mir daran liegt, insbesondere auch mit Ihnen diese Frage intensiv zu diskutieren, möchte ich die Gelegenheit benutzen, die wesentlichen Elemente dieses Programms hier noch einmal zusammenzufassen.

- In einem ersten Schritt geht es darum, jetzt notwendige Sofortmaßnahmen zu treffen, insbesondere die neugewonnene Freizügigkeit der Menschen materiell abzusichern sowie die bisherige Zusammenarbeit, beispielsweise in der Wirtschaft, beim Verkehr, und beim Umweltschutz zügig fortzusetzen. Die Gespräche mit der DDR hierüber sind bereits weit gediehen.
- Ferner habe ich den Gedanken von Ministerpräsident Modrow aufgegriffen und vorgeschlagen, eine Vertragsgemeinschaft zu entwickeln, die ein immer dichteres Netz von Vereinbarungen in allen Bereichen und auf allen Ebenen umfassen und auch entsprechende gemeinsame Institutionen erhalten soll. Diese Vertragsgemeinschaft wird selbstverständlich nur mit einer frei gewählten Regierung zustande kommen und muß darüber hinaus von einem frei gewählten Parlament in der DDR gebilligt werden. Zugleich werden wir darauf zu achten haben, daß in den anstehenden Wahlen auch tatsächlich Chancengleichheit gewährleistet ist - eine Bedingung, die angesichts der politischen Strukturen in der DDR von entscheidender Bedeutung ist.

Es kann nicht unser Interesse sein, dass in der DDR eine Lage eintritt, die immer mehr Menschen veranlaßt, die DDR zu verlassen. Unser Ziel ist es vielmehr, daß die Menschen ihre Zukunft und die ihrer Kinder in der angestammten Heimat sehen. 1989 sind über 340 000 Menschen aus der DDR zu uns gekommen - wobei ich nur anmerken darf, daß im gleichen Zeitraum 377 000 Aussiedler, vor allem aus der Sowjetunion und Polen, eintrafen. Seit Beginn dieses Jahres waren es Tag für Tag durchschnittlich 1 500 Übersiedler, die der DDR den Rücken kehrten, um ein neues Leben in der Bundesrepublik zu beginnen.

Diese Entwicklung lastet in erster Linie auf der Bundesrepublik Deutschland. Aber unsere Freunde sollte es nicht gleichgültig lassen, wenn sich hier zunehmend Probleme auf türmen, deren innenpolitische Bewältigung eine große Herausforderung darstellt.

- Nach freien Wahlen und nach Bildung einer frei gewählten Regierung in der DDR wollen wir darangehen, konföderative Strukturen zu schaffen, um möglichst bald auf vielen Feldern zu gemeinsamen Entscheidungen zu kommen.

Dabei können wir uns folgende Institutionen vorstellen:

- Einen gemeinsamen Regierungsausschuß zur ständigen Konsultation und politischen Abstimmung;
- gemeinsame Fachausschüsse;
- ein gemeinsames parlamentarisches Gremium.

Stufenweise können noch weitere Formen institutioneller Zusammenarbeit entstehen.

- Dieses Konzept läuft auf ein organisches Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten hinaus - eine Entwicklung, die in der Kontinuität deutscher Geschichte liegt. Wie Deutschland am Ende dieses Prozesses schließlich aussehen wird, vermag heute niemand zu sagen.

Nur: Es sollte auch niemand versuchen, diesen friedlichen Prozeß mit Bedingungen zu verknüpfen, die letztlich darauf hinauslaufen würden, das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen auszuhöhlen. Denn - und da wissen wir uns in Frankreich, dem Land, von dem die europäische Freiheit ihren Ausgang nahm, sehr wohl verstanden - zur Freiheit der Deutschen gehört wesentlich das Recht selbst zu bestimmen, wie ihre politische Zukunft aussehen soll.

Ich bin daher Staatspräsident Mitterrand sehr dankbar, der sich hierzu wiederholt, zuletzt bei unserem Zusammentreffen in Latché, deutlich geäußert hat. In seiner Tischrede in Ost-Berlin hat Staatspräsident Mitterrand daran erinnert, daß das Streben nach Einheit seine Wurzeln in der Geschichte hat und daß es vor allem Sache der Deutschen ist, in Freiheit über ihr künftiges Schicksal zu entscheiden.

Dies ist in der Tat der Kernpunkt: Die Menschen sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in der DDR müssen das Recht und die Möglichkeit haben, selber frei über die Frage zu entscheiden, ob sie in einem deutschen Staat leben wollen oder nicht.

Ich möchte dabei ganz klar sagen, daß wir jede Entscheidung, die die Menschen in der DDR in freier Selbstbestimmung treffen, selbstverständlich respektieren. Wenn aber die Menschen in Deutschland die Einheit wollen, wird sie auch kommen - und ich bin gewiß, in West und Ost wird ein solches Votum der Deutschen respektiert werden.

- In dieser Perspektive bleibt es für uns von grundlegender Bedeutung, daß nicht nur unsere Freunde und Partner im Westen, sondern auch unsere Nachbarn im Osten das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung uneingeschränkt anerkennen.

„Die Stärkung des Zustands des Friedens in Europa, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“ - ich habe aus der Erklärung des Europäischen Rates in Straßburg zitiert -, muß unser *gemeinsames* Ziel sein.

Insbesondere vertrauen wir auf das Wort Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika, die sich in Artikel 7 des Deutschlandvertrages von 1952/54 verpflichtet haben - ich zitiere -: „mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist“.

- Selbstverständlich sind wir uns im klaren darüber, daß der künftige Weg Deutschlands in Europa keinen unserer Nachbarn in West und Ost gleichgültig lassen kann. Es ist daher keine beiläufige Floskel, sondern eine zentrale Aussage, wenn ich in dem von mir vorgelegten Programm nachdrücklich betont habe, daß die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen eingebettet bleibt in den gesamteuropäischen Prozeß, das heißt immer auch in die West-Ost-Beziehungen.

Die künftige Architektur Deutschlands muß sich einfügen in die künftige Architektur Gesamteuropas. Das „Haus Deutschland“ muß unter einem europäischen Dach gebaut werden. Hierfür hat der Westen mit seinem Konzept der dauerhaften und gerechten europäischen Friedensordnung entscheidende Vorarbeit geleistet. Wir Deutschen sind uns unserer Mitverantwortung für Frieden und Sicherheit in Europa bewußt. Dabei haben wir allerdings auch stets betont, daß Sicherheit nicht nur aus militärischem Potential erwächst.

Wesentlicher Faktor der Sicherheit sind auch die politischen Verhältnisse in Europa. Auf Mauer und Stacheldraht läßt sich daher Stabilität ebenso wenig gründen wie auf einer Politik, die Freiheit und Demokratie unterdrückt. Diesen Teil des „Status quo“ zu überwinden, bedeutet daher keine Gefahr für die europäische Sicherheit - im Gegenteil: Jeder gelungene Reformschritt bedeutet für ganz Europa einen Zugewinn an Stabilität und Sicherheit. Nicht alle Fragen, die sich angesichts der jetzt in Gang gekommenen Entwicklung stellen, lassen sich heute bereits abschließend beantworten. Ebenso wenig können wir heute schon alle Fragen abschließend regeln, die sich bei einer Wiedervereinigung stellen würden.

Für unsere Nachbarn steht dabei naturgemäß die Frage der künftigen Grenzen eines gesamtdeutschen Staates im Mittelpunkt ihres Interesses.

Hierzu möchte ich zunächst in aller Deutlichkeit sagen: Kein politisch Verantwortlicher in der Bundesrepublik Deutschland, keine ernst zu nehmende politische Gruppierung träumt von einem „Großdeutschland“, wie dieser unselige Begriff aus einer unseligen Epoche lautet. Schon von daher ist die Diskussion, die hierüber - nicht zuletzt bei uns - geführt wird, künstlich, ja überflüssig. Manche Debattenbeiträge tragen allzu deutlich den Stempel des beginnenden Wahlkampfes.

Lassen Sie mich zwei klare Feststellungen auch hier und heute treffen:

Erstens: Zur Rechtslage:

Die Bundesrepublik Deutschland und Polen bekräftigen im Warschauer Vertrag von 1970 „die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität. Sie erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden“.

Gleichzeitig stellen beide Seiten fest, dieser Vertrag berühre „nicht die von den Parteien früher geschlossenen oder sie betreffenden zweiseitigen oder mehrseitigen internationalen Vereinbarungen“.

Ähnliche, zum Teil gleichlautende Feststellungen enthält der zuvor unterzeichnete Moskauer Vertrag.

In beiden Verträgen hat die damalige Bundesregierung der Tatsache Rechnung getragen, daß es keinen Friedensvertrag gibt und daß die Bundesrepublik Deutschland nicht als gesamtdeutscher Souverän, sondern nur im eigenen Namen handeln kann. Für die heutige Bundesregierung stellt sich diese Lage nicht anders dar.

Im übrigen darf ich auch erwähnen, daß in dem bereits zitierten Artikel 7 des Deutschlandvertrages von 1952/54 einvernehmlich festgestellt wird, „daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands“ bis zu einer freivereinbarten friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland aufgeschoben werden muß.

Zweitens: Zur politischen Seite:

Eine andere Frage ist, wie die Deutschen, deren demokratischer Wille die Haltung einer künftigen gesamtdeutschen Regierung binden würde, in ihrer zweifellos überwältigenden Mehrheit hierüber denken. Die Deutschen - und hieran sollte niemand zweifeln - haben nicht die Absicht, im Europa von morgen eine Grenzdiskussion vom Zaun zu brechen, die die europäische Friedensordnung, die wir gemeinsam anstreben, gefährden müßte.

Die Deutschen wollen eine dauerhafte Aussöhnung mit ihren polnischen Nachbarn, und dazu gehört auch, daß die Polen die Gewißheit haben müssen, in sicheren Grenzen zu leben. Niemand will eine zweite Vertreibung nach den Schrecken der Vertreibung, die die Deutschen an ihrem eigenen Leib erfahren haben.

Niemand will daher die Frage der Einheit der Nation verbinden mit der Verschiebung bestehender Grenzen - Grenzen, die in einem künftigen Europa der Freiheit an Bedeutung verlieren werden.

Gerade auch die deutschen Vertriebenen haben sich immer wieder zum Gewaltverzicht bekannt. Mit ihrer „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“, verabschiedet am 5. August 1950 in Stuttgart, haben sie Rache und Vergeltung eine klare Absage erteilt und sich ausdrücklich zu einem geeinten Europa bekannt, „in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können“.

Denn in der Tat: Wir können das Europa von morgen nicht bauen, wenn wir den Teufelskreis von Haß und Gewalt, von Unrecht und Vertreibung nicht durchbrechen. Wir stehen am Anfang des letzten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts - eines Jahrhunderts, das vor allem in der ersten Hälfte unermessliches Elend über die

Völker Europas gebracht hat. In den neunziger Jahren haben wir die historische Chance, diesem Jahrhundert einen Ausklang zu geben, der das Gesicht Europas verändert, der Europa zu einem Kontinent macht, von dem Frieden und Freiheit in eine unruhige Welt ausstrahlen.

Präsident Mitterrand hat in seiner Neujahrsansprache von einer europäischen Konföderation gesprochen, die alle Staaten unseres Kontinents in einer gemeinsamen und ständigen Organisation für Austausch, Frieden und Sicherheit zusammenführen wird. Ich habe diese Überlegungen des französischen Staatspräsidenten bereits in Latché begrüßt und erkläre auch hier noch einmal meine Bereitschaft, an diesem Werk mitzuarbeiten.

In der Sache wird es jetzt darum gehen, die heute schon bestehenden Kooperationsformen in Europa weiterzuentwickeln, wobei, was den gesamteuropäischen Ansatz angeht, dem KSZE-Prozeß zentrale Bedeutung zukommt. Der von Generalsekretär Gorbatschow schon für 1990 vorgeschlagene KSZE-Gipfel könnte - bei sorgfältiger Vorbereitung - den Auftakt für diese Arbeiten bilden. Zugleich sollten wir alles daransetzen, diesen Gipfel mit der Unterzeichnung eines ersten Abkommens über konventionelle Streitkräftereduzierung in Europa zu verbinden.

Mein Land ist Gastgeber der Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa, die vom 19. März bis 11. April in Bonn stattfinden wird, von der ein erster Impuls zur Bildung eines Gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes ausgehen könnte.

Der heutige Vorschlag von Präsident Delors, in beide KSZE-Konferenzen mit einer gemeinsamen Marschroute zu gehen, die es jetzt zu erarbeiten gilt, findet meine volle Unterstützung. Denn in der Tat: treibende Kraft in diesem Prozeß muß die Europäische Gemeinschaft sein, und Präsident Delors hat recht, wenn er die Gemeinschaft auffordert, ihr außenpolitisches Instrumentarium der neuen Entwicklung anzupassen.

Unser gemeinsames Ziel muß sein, die Europäische Gemeinschaft als Kern einer künftigen Friedensordnung - oder auch einer europäischen Konföderation, um diesen Begriff Staatspräsident Mitterrands zu benutzen - zielstrebig auszubauen.

Meine Damen und Herren, klare Politik der von mir geführten Bundesregierung bleibt es - wir haben dies in Straßburg für jedermann sichtbar unter Beweis gestellt -, die vor uns liegenden Etappen gemeinschaftlicher Politik tatkräftig mitzugestalten:

- die Vollendung des Binnenmarktes;
- die Ausführung seiner sozialen Dimension;
- die Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion.

Wir legen damit zugleich die Fundamente für die Politische Union, deren institutionelle Ausgestaltung zu den großen Aufgaben der neunziger Jahre gehören wird.

Es sollte uns daher auch niemand unterstellen, daß wir dabei sind, unsere außenpolitischen Positionen umzudefinieren.

Vor allem die Scheinalternative - deutsche Einheit oder europäische Einigung - hat es manchem politischen Theoretiker angetan. Ich habe mich zu Hause stets gegen diejenigen gewandt, die einen Widerspruch zwischen beiden Zielen zu konstruieren versuchten. Er ist im übrigen nicht sehr originell, sondern durchzieht bereits die Diskussion der fünfziger Jahre. In Wahrheit gibt es zwischen deutscher Einheit und europäischer Integration keinen Widerspruch. Sie sind beide nicht konkurrierende, sondern zusammengehörende Aufträge des Grundgesetzes, in dessen Präambel das deutsche Volk aufgefordert wird, „... seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“.

Die Bundesrepublik Deutschland wird daher auch nicht - wie hier und da behauptet wurde - zum „Problemfall“ in der Europäischen Gemeinschaft werden. Wir haben in der Vergangenheit unseren Beitrag zur Entwicklung der Gemeinschaft geleistet - ich erinnere nur an die letzte deutsche Präsidentschaft - und werden dies auch in Zukunft tun. Ich fühle mich zu dieser Feststellung berechtigt, da schon die Bibel uns ermuntert, unser eigenes Licht nicht unter den Scheffel zu stellen.

Die Bundesrepublik Deutschland steht ohne Wenn und Aber zu ihrer europäischen Verantwortung - denn gerade für uns Deutsche gilt: Europa ist unser Schicksal! Die Schlüsselrolle bei der Fortentwicklung der Gemeinschaft wird - davon bin ich überzeugt - weiterhin Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland zufallen.

So wenig wie Europa in der Vergangenheit ohne die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern zusammengewachsen wäre, so wenig kann das Europa der Zukunft ohne ein enges deutsch-französisches Einvernehmen gebaut werden.

Frankreich und Deutschland haben in der Nachkriegszeit ein einmaliges Beispiel dafür geliefert, wie zwei benachbarte Völker den langen Weg von einer für ganz Europa zerstörerischen Rivalität zu einer auch für die anderen europäischen Partner fruchtbaren „Entente“ gegangen sind. Von diesem Weg werden wir auch in Zukunft nicht abgehen.